

Pressemitteilung

TTIP-Gipfel der Europäischen Bürgerbewegung: Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann verdeutlicht Länderposition

"TTIP eröffnet nordrhein-westfälischen Unternehmen viele Chancen. Genauso richtig ist es, unsere sozialen, kulturellen und ökologischen Standards zu erhalten", erklärte Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann anlässlich des TTIP-Gipfels der Europäischen Bürgerbewegung in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung bei der EU in Brüssel.

Die nordrhein-westfälischen Exporte in die USA betragen im Jahr 2013 10,6 Mrd. Euro. NRW, so Eumann, sei das Land der 'Hidden Champions'. Deshalb sei der Landesregierung sehr daran gelegen, dass besonders der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen auf den amerikanischen Markt erleichtert werde. Für die NRW-Industrie lägen hier große Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Daher spreche sich NRW ausdrücklich für den Abbau von Handelshemmnissen aus.

Der TTIP-Vertrag tangiere unmittelbar den Verantwortungsbereich der Länder, so dass sich NRW schon jetzt mit den möglichen Konsequenzen befasse, und nicht erst, wenn das Vertragswerk dem Bundesrat formal vorliege.

Konkret sei NRW betroffen, wenn über TTIP die öffentliche Förderung der Bereiche Kultur und Medien eingeschränkt würde. Eumann: „Eine rote Linie ist für die Landesregierung die Vielfalt unserer Medien. Es muss dabei bleiben, dass audiovisuelle Dienstleistungen und deren Entwicklung nicht verhandelt werden. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge ist für uns unantastbar. In NRW werden auch zukünftig die Kommunen die wichtigsten öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen – ob mit oder ohne TTIP.“

Zudem spreche sich die Landesregierung eindeutig gegen einen Investorenschutz aus, der bestehende Rechtswege in Europa und den USA umgehe und zugleich die Gefahr hoher Prozess- und Entschädigungskosten berge: „Hier in Europa gehören Investorenklagen vor die regulären Gerichte“, so Eumann.

Teilnehmer des TTIP-Summit waren zudem Handelskommissar Karel De Gucht, der unter anderem die Bedeutung des Marktzugangs zu öffentlichen Vergabeverfahren betonte, ein wegen der starken Rolle der US-Bundesstaaten sehr sensibles Feld für die US-Verhandlungsseite, sowie John F. Summis, stellvertretender US-Botschafter in Brüssel.